



## Einheitliche Gewerkschaftsvertretung (Rappresentanza Sindacale Unitaria)

Am 15., 16. und 17. Dezember werden an den 116 Schulen staatlicher Art der Provinz Bozen die Wahlen zu den EGV / RSU stattfinden. 8.000 Lehrpersonen, deren Arbeitsverhältnis vom Land verwaltet wird, werden zum ersten Mal die Möglichkeit haben, eigene VertreterInnen am Arbeitsplatz zu wählen.

Durch den GSKV 1995 gibt es die ersten Gewerkschaftsbeziehungen auf Schulebene. Erst im November 2007 wurde in Südtirol der dezentrale Vertrag über die Gewerkschaftsbeziehungen und die Errichtung der EGV / RSU unterschrieben.

Die ersten RSU-Wahlen in den Schulen Italiens fanden im Jahre 2000 statt. Auf dem restlichen Staatsgebiet existieren die RSU nämlich bereits seit 9 Jahren und sind schon in den Jahren 2000, 2003 und 2006 gewählt worden. Dort vertreten die RSU auch das Verwaltungs- und Reinigungspersonal.

Die Erfahrungen auf nationalem Gebiet haben gezeigt, dass die EGV / RSU eine wesentliche Vertretungs- und Kontrolleinrichtung für eine demokratische Gestaltung der Autonomen Schule darstellen. Die EGV / RSU erarbeiten Kriterien und Richtlinien, die mehr Einblick und Transparenz bezüglich Schulorganisation und Arbeitsverhältnis ermöglichen. Sie wirken als Gegenpol und gleichen somit die Befugnisse der Schulführungen aus, darüber hinaus unterstützen und stärken sie die didaktischen Kompetenzen und die Arbeit des LehrerInnenkollegiums.

Dieser Wahl wird in der Provinz Bozen eine besondere Bedeutung zugemessen, da im restlichen Staatsgebiet die RSU unter starkem Druck stehen. Die von Minister Brunetta eingeleiteten Sparmaßnahmen wollen die allgemeinen Verhandlungen und die Vertragsmaterien am Arbeitsplatz einschränken, um den Schulführungen wieder eine exklusive und einseitige Machtausübung zu ermöglichen. Dies ist ein bedeuteter eine Rückschritt in der Regelung der öffentlichen Arbeitsabhängigkeit. Der Gesetzesentwurf „Aprea“, der Sinnbild der aktuellen Regierung bezüglich der schulischen Einrichtungen ist, sieht die explizite Abschaffung der RSU in den Schulen vor. Das Brunetta-Gesetz ordnet eine einjährige Vertagung der Wahlen zu den EGV / RSU auf nationaler Ebene, die die FLC CGIL für Anfang Dezember angekündigt hatte, an.

In einem offenen Brief an das gesamte Schulpersonal, doch vor allem an die Verantwortlichen aller anderen Gewerkschaftsverbände, weist der Generalsekretär der FLC, Domenico Pantaleo, auf die Konsequenzen dieser Maßnahme hin: *„Wenn zugelassen wird, dass gewerkschaftseigene Kompetenzen, wie Wahlen einberufen, per Gesetzesdekret geregelt werden, dann ebnen wir den Weg zugunsten weiterer Eingriffe in Vertretungsbefugnisse [...] Eine einseitige Maßnahme kann nicht ein von allen Gewerkschaftsverbände unterzeichnetes Abkommen aufheben.“*

Da die Regierung und weitere Gewerkschaftsorganisationen in die Erstellung von Verträgen über getrennte Abkommen, die die CGIL ausschließen, eingreifen wollen, ist die Wahl der EGV / RSU an den Schulen von besonderer Bedeutung, da sie die dezentralisierten Vertragsverhandlungen am Arbeitsplatz entschieden unterstützen. *„Die FLC, schreibt Pantaleo, wird entschieden den Kampf um die EGV / RSU fortsetzen [...] die Schule befindet sich, aufgrund der drastischen Kürzungen der Ressourcen und der Professionalität, in einem schwierigen und äußerst heiklen Zustand. Die Wahl zu den EGV / RSU verhindern, kommt einer Unterdrückung der Bedürfnisse des Schulpersonals gleich.“*

Die von den Gewerkschaften auf Landesebene gewollten Wahlen zu den EGV / RSU sind auch insofern wichtig, da sie der Spaltung der nationalen Gewerkschaftsverbände entgegenwirken indem sie ihre Kräfte vereinen und an allen Schulen einheitliche Listen, nach dem Motto *„Mitgestaltung und Transparenz in der Autonomen Schule“*, einbringen.

Alle Gewerkschaften auf Landesebene sind sich einig: Das Wahlergebnis der einzelnen Gewerkschaftsverbände ist nebensächlich, das was zählt, ist eine erfolgreiche Wahl. Es kandidieren kompetente und vertrauenswürdige KollegInnen und alles zielt auf das Erreichen des Quorums von 50% + 1 der Wahlberechtigten. Das Ziel ist die Errichtung professioneller Vertretungen, die die Mitgestaltung und Transparenz für eine qualitative Entwicklung der Autonomen Schule zu fördern wissen.